

Horst Siebert im CeGE

„Deutschland im globalen Standortwettbewerb“ – zu diesem aktuellen Thema sprach am 7. Juni 2002 Prof. Horst Siebert auf Einladung des Ibero-Amerika-Instituts und des *CeGE*. Horst Siebert, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und seit vielen Jahren Mitglied im Sachverständigenrat, ist einer der prominentesten und einflussreichsten deutschen Ökonomen. Im Rahmen seiner Wirtschaftsanalysen fordert er v.a. auch dort die Lösung struktureller, langfristiger Probleme, wo die Politik eher kurzfristige Wahlerfolge im Auge hat. Seine Mahnungen, in den Begrüßungsworten von Prof. Hermann Sautter mit denjenigen der Cassandra verglichen, verdienen dabei einen herausragenden Platz in der deutschen Politikberatung. So zog sein Vortrag an der Universität Göttingen auch einen großen Kreis interessierter und diskutierfreudiger Zuhörer an.

Horst Siebert verwies zunächst darauf, dass Deutschland in den letzten Jahren deutlich an Weltmarktanteilen im Export verloren habe. Direktinvestitionen fließen wenig nach Deutschland, stattdessen ist ein Nettoabfluss an Mitteln zu verzeichnen. Besonders der Arbeitsmarkt zeige deutliche institutionelle Schwächen. Die hohe Arbeitslosigkeit sei dabei nicht ein Vermittlungsproblem, wie es kürzlich in Bezug auf die Fehlleistungen der Bundesanstalt für Arbeit suggeriert wurde. Vielmehr sei das Lohnbildungssystem zu einem Instrument zur Verteidigung hoher Löhne degeneriert – unter Vernachlässigung von Aspekten der Arbeitsplatzsicherheit. Daher müsse es heute darum gehen, die Interessen der arbeitslosen „Outsider“ gegenüber den arbeitsplatzbesitzenden „Insidern“ zu stärken. So sollten z.B. Arbeitslose das Recht erhalten, sich auch unter Tarif bezahlen zu lassen, so Horst Siebert.

Die hohe Alternativentlohnung des Staates durch Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sei ein weiterer Grund für fehlende Arbeitsanreize. Da Arbeitslosengeld u.U. bis zu 32 Monate lang gewährt wird und der angebotene Arbeitslohn manchmal gerade nur das Niveau der Sozialhilfe erreicht, könne Arbeitslosigkeit – nicht zuletzt in Verbindung mit Schwarzarbeit – eine zeitweilig attraktive Option sein. Eine grundlegende Reform komme daher nicht an einer Reduzierung des Anspruchsniveaus in Bezug auf die soziale Sicherung vorbei.



Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Siebert

Aber auch an die Universitäten richtete Horst Siebert mahnende Worte. Die Leistungseliten drohten aus dem Hochschulbereich abzuwandern. Anstatt einer zentralen Vergabe von Studienplätzen müsse der Wettbewerb zwischen Universitäten intensiviert werden. Wer hierbei Studiengebühren als unsozial brandmarke, ignoriere die derzeitige Finanzierung deutscher Hochschulen: Während Arbeiterfamilien über ihre Steuern zu einem gehörigen Teil zur Finanzierung beitragen, profitierten sie am wenigsten vom Hochschulstudium. Die soziale Abfederung könne aber auch über Stipendien für einkommensschwache Studierende erfolgen. Wenn das Humankapital in Deutschland wieder gefördert werden solle, müsse letztlich die Steuer- und Abgabenquote reduziert werden. Eine Gesamtbelastung von 60% lasse nur unzureichend Anreize zu einer privaten Investition in Humankapital aufkommen.

In der heutigen Kontroverse gehe es somit nicht mehr um den „Flexibilisierungswunsch der Wirtschaft gegenüber dem Sicherheitswunsch der Arbeitnehmer“, wie von Bundeskanzler Gerhard Schröder kürzlich behauptet. Stattdessen, argumentierte Horst Siebert, hätten sich deutsche Unternehmen ihre Flexibilität bereits mit anderen Mitteln erworben: Durch die Globalisierung der Produktion. Fehlende Flexibilität in Deutschland könne so von den Unternehmen schnell mit Produktionsauslagerungen beantwortet werden. Die Flexibilität sei somit zu einer unausweichlichen Tatsache des globalen Wettbewerbs geworden. Wenn sich Deutschland diesen Herausforderungen nicht stelle, würden Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gleichermaßen eingeüßt.

Inhalt:

Horst Siebert im *CeGE*

Kommentar: Ukrainisches Wirtschaftswachstum am Wendepunkt?

Kommentar: „Förderung des Unternehmensgeistes“ als regionale und europäische Aufgabe

CeGE-Intern

S. 1

S. 2

S. 3

S. 4

Kommentar

Ukrainisches Wirtschaftswachstum am Wendepunkt?

Der Ukraine wird meist weniger Aufmerksamkeit zuteil als ihrem „großen Bruder“ Russland. Doch kann auch die Ukraine auf einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung während der letzten Jahre zurückblicken. Nach einem Jahrzehnt des Niedergangs wuchs die ukrainische Wirtschaft im Jahre 2000 mit 5,9% und im Jahre 2001 waren es sogar 9,1 %.

Woher rühren diese beeindruckenden Zahlen? Das neu erstarbte Wirtschaftswachstum der Ukraine hat zahlreiche Erklärungsversuche auf den Plan gerufen, welche sich alle dadurch auszeichnen, dass sie einen Teilbeitrag zur Erklärung eines komplexen Phänomens leisten. Sicherlich konnte die Finanzkrise von 1998 mit ihrer dramatischen nominalen wie realen Abwertung der Landeswährung (Hryvnia) katalytisch wirken – verhalf sie doch inländischen Produzenten handelbarer Güter zu einer deutlichen Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass beispielsweise die Metallindustrie und die Lebensmittelverarbeitung die stärksten Wachstumsraten aufwiesen.

Vor der Krise von 1998 wurde heiß diskutiert, ob die ukrainische Wirtschaft überhaupt auf eine reale Abwertung reagieren würde. Die Deutsche Beratergruppe Wirtschaft bei der ukrainischen Regierung warnte während dieser Zeit, dass die sich akkumulierende reale Aufwertung wachstumsbremsend wirken würde. Andere, einschließlich des IWF, trugen sich eher mit Inflationsängsten und argumentierten, die ukrainische Wirtschaft werde sich durch eine Abwertung nicht stimulieren lassen. Rückblickend lässt sich heute sagen, dass die Abwertung einen viel größeren Effekt hatte als erwartet worden war. Fairnesshalber muss allerdings auch gesagt werden, dass die „Saat“ der Abwertung auf fruchtbaren Boden fiel und durch ein ehrgeiziges, Ende 1999 beginnendes wirtschaftliches Reformprogramm der neuen Regierung unter Premier Yushchenko unterstützt wurde.

Einige der durch die Yushchenko-Regierung angestoßenen Reformen stellten eine Beschleunigung und Fortführung bereits in früheren Jahren eingeführter Maßnahmen dar. Andere Reformen hingegen waren dramatisch. Kurz nach Aufnahme der Amtsgeschäfte setzte die Yushchenko-Regierung 250 Dekrete aus, welche Privilegien und Vergünstigungen für einzelne Firmen und Individuen bedeutet hatten. Ein ausgeglichener Haushalt wurde anvisiert und auf Bargeldgrundlage umgestellt. Dies stellte eine entscheidende Abweichung von der Praxis früherer Jahre dar, als Realtausch, Verrechnungen und Warenlieferungen an und vom Staat üblich waren.

Auch in zwei der Schlüsselsektoren der ukrainischen Wirtschaft, Energie und Landwirtschaft, wurden ehrgeizige Reformen durchgezogen. Im Energiesektor wurde mit Julia Timoschenko eine ehemalige „Oligarchin“, bestens informiert über alle Hebel und Mechanismen hinter den Kulissen, zur stellvertretenden Premierministerin ernannt und mit der Entflechtung beauftragt. Einer Schätzung zu Folge gelang es ihr im Jahre 2000, Renten im Wert von 4 Mrd. US\$ oder 13% des ukrainischen BIP zu eliminieren, indem sie Transparenz und Wettbewerb erhöhte, zusätzliche Privilegien abschaffte und Bargeldzahlungen



Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel

an Stelle des im ukrainischen Energiesektor bis dato üblichen Tauschhandels und der Verrechnungen setzte. Im Agrarbereich wurde Ende 1999 eine Landreform eingeführt, die formell die ehemaligen Kollektive auflöste und das Land anteilig unter deren Mitgliedern aufteilte.

Es ist außerdem wahrscheinlich, dass wirtschaftliche Reformen – und darunter besonders die Deregulierungen sowie die Steuerreform – auf eine weitere, zwar nur statistische aber trotzdem wichtige Weise zur Erklärung des jüngsten wirtschaftlichen Aufschwungs der Ukraine beitrugen: Aktivitäten aus dem Bereich der Schattenwirtschaft (Schätzungen gingen zeitweise von nicht weniger als 40-50% Schattenwirtschaft aus) wurden in die offizielle und „sichtbare“ Wirtschaft verlagert.

Was sagt ein Blick in die Zukunft? Die ukrainische Regierung hat ihren Haushaltsplan für 2002 an einem erwarteten Wachstum von 6% ausgerichtet. Im ersten Quartal 2002 indes betrug das Wachstum nur 3,8%. Ob das anvisierte Ziel erreicht werden kann, erscheint somit fraglich. Ein Grund für die Verlangsamung mag sicher die weltweite Konjunkturschwäche der letzten Monate sein. Dennoch gibt es aber auch Anlass zur Sorge, dass das Tempo wirtschaftlicher Reformen sich verlangsamt. Die heiße Phase der Parlamentswahlen im März diesen Jahres bedeutete, dass mehrere Monate mit Wahlkampfkampagnen und politischen Inszenierungen verbracht wurden und substantielle Politik in den Hintergrund trat. All dies ist besorgniserregend, denn es bleibt immer noch viel zu tun. Die erfolgreichen Reformen der Yushchenko-Regierung haben gezeigt, dass Interessensverflechtungen und 'rent seeking' die größten Hindernisse für Wirtschaftswachstum in der Ukraine sind. Yushchenko selbst wurde im März 2001 abgewählt. Es gibt Anzeichen, dass Protektionismus wieder auf dem Vormarsch ist, z.B. auf einer Reihe von Schlüsselmärkten für Agrarprodukte. Somit gibt es keinen Grund für Selbstzufriedenheit. Erfahrungen in Bulgarien und Rumänien Mitte der 90er Jahre zeigen, dass Zeiten der wirtschaftlichen Erholung in Transformationsländern kurzlebig sein können, wenn sie nicht von vernünftiger Wirtschaftspolitik und entschlossenen Reformen untermauert werden.

Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel, Institut für Agrarökonomie und Mitglied in der Deutschen Beratergruppe Wirtschaft bei der ukrainischen Regierung

Kommentar

„Förderung des Unternehmergeistes“ als regionale und europäische Aufgabe

Die Europäische Union hat das Problem der Arbeitslosigkeit erst spät als gemeinsame Aufgabe auf die Agenda gesetzt. Die Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten war bis weit in die neunziger Jahre geprägt vom Kampf gegen hohe Inflationsraten, vom Bemühen um Haushaltskonsolidierung – kurz vom Versuch mittels der eher monetär ausgerichteten Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages einen stabilitätsgerechten Start in die Europäische Währungsunion zu gewährleisten.

Erst 1997, als für die meisten EU-Staaten das Gespenst der Inflation weitgehend gebannt war und die nationalen Haushalte sich auf Konsolidierungskurs befanden, begannen die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen von Amsterdam eine gemeinsame Beschäftigungspolitik zu konzipieren. Mit der Aufnahme eines Beschäftigungskapitels in den EU-Vertrag wurden die Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre Beschäftigungspolitik auf die Konvergenzpolitik der Gemeinschaft abzustimmen. Die EU stellt seit 1998 beschäftigungspolitische Leitlinien auf, die von den Mitgliedstaaten in „Nationale beschäftigungspolitische Aktionspläne“ umgesetzt werden müssen, über deren Erfolg der Kommission jährlich Bericht zu erstatten ist. Die Leitlinien legen neben einer gezielten Unterstützung von Problemgruppen des Arbeitsmarktes, wie jugendlichen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen, und der Förderung von Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt einen Schwerpunkt auf die Förderung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen an internationale Wettbewerbsbedingungen und die „Entwicklung des Unternehmergeistes“.

Dem letztgenannten Schwerpunkt kommt auf der nationalen und regionalen Ebene eine besondere Bedeutung zu, da gerade kleine und mittlere Unternehmen den quantitativ bedeutsamsten Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten. Die Schwelle, Unternehmen zu gründen, ist besonders in Deutschland traditionell sehr hoch: mangelndes Know-how im betriebswirtschaftlich-kaufmännischen Bereich, inflexible Verwaltungsvorschriften, eine vielschichtige und undurchschaubare Förderlandschaft und nicht zuletzt Probleme bei der Beschaffung von Startkapital verhindern häufig, dass innovative Produkt- und Dienstleistungsideen in Start-Ups verwirklicht werden können. Damit liegt ungenutztes produktives Wissen brach.

Die Stadt und die Universität Göttingen gehen beim Wissenstransfer und der Hilfe zur Existenzgründung beispielhaft neue Wege. Die Existenzgründungsberatung an der Universität Göttingen gibt seit Anfang 2001 potenziellen Unternehmensgründern aus der Universität Orientierungs- und Starthilfen auf ihrem Weg in die Selbständigkeit. Durch die Zusammenarbeit mit der Kapitalgesellschaft InnoCap GmbH steht auch erstes Risikokapital zur Verfügung. Insbesondere im Bereich der IT und der Medizintechnik kann die Universität auf erfolgreich unterstützte Unternehmen verweisen, die lebendiges Beispiel für den Wissenstransfer von der Universität in die Wirtschaft sind.



Dr. Dagmar Sakowsky

Die Stadt Göttingen wendet sich mit ihrer Existenzgründungsberatungsstelle MOBIL („Mobilisierung und Förderung von Ressourcen für die Existenzgründung in Südniedersachsen“) an eine vielschichtiger Klientel. Mit MOBIL sollen arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen, aber auch Studierenden, Wege in die Selbständigkeit aufgezeigt werden. Das Beratungsangebot von MOBIL ist in ein Netzwerk der regionalen Weiterbildungs- und Serviceinstitutionen integriert. Finanziell gefördert von der Europäischen Union bietet MOBIL Beratung, Informationen und Weiterbildung in allen Bereichen, die bei der Umsetzung einer Unternehmensidee hin zu einer Unternehmensgründung bedacht und analysiert werden müssen.

Sind nun für diese regionalen Initiativen der Förderung gewerblicher Existenzgründungen und Ausgründungen aus dem universitären Bereich europäische Leitlinien notwendig? Ja, und zwar im Wesentlichen aus zwei Gründen: Die europäischen Leitlinien tragen zu einem Umdenken in der nationalen Beschäftigungspolitik bei. In den Fokus gerückt ist die Förderung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen – Initiativen zur Existenzgründung, die Bereitstellung von Risikokapital und die Beratung und Weiterbildung von Jungunternehmern sind Ausdruck dieser Politik und sie profitieren davon politisch und finanziell durch nationale und europäische Förderprogramme. Zweitens sind gemeinsame beschäftigungspolitische Leitlinien per se ein wichtiger Beitrag zur Kohäsion der Wirtschaftspolitik in Europa. Sie können das Ausscheren der Mitgliedstaaten aus dem Stabilitätspakt, das bei den persistent hohen Arbeitslosenraten in vielen EU-Staaten eine reale Gefahr darstellt, verhindern.

Kontakt:

Existenzgründungsberatung der Universität Göttingen: Dr. Kai Blanck, Tel. 0551-39-12269, Email: kblanck@gwdg.de

MOBIL: Petra Reußner, Tel. 0551-400-3230, Email: mobil@goettingen.de

Dr. Dagmar Sakowsky, Volkswirtschaftliches Seminar

CeGE-Intern:

Gäste am CeGE im Sommersemester 2002:

- **Prof. John Lunn** vom **Hope College, Michigan, USA**, hielt im Juni eine zweiwöchige Vorlesung zum Thema: „Transaction Cost Economics and Globalization“. Unser Dank gilt der **KWS Saat AG**, die durch ihre Spende die Verpflichtung von Prof. Lunn ermöglichte.
- **Prof. Klaus Meyer** von der **dänischen Copenhagen Business School** bot Ende Mai und Mitte Juni eine zweiwöchige Veranstaltung zum Thema „International Business in Emerging Markets“ an.

Antrittsvorlesungen:

- **Prof. Dr. Andreas Oestreicher** hielt am 19. Juni 2002 seine Antrittsvorlesung an der Georg-August-Universität zu Göttingen zum Thema „**Konzernbesteuerung in Europa**“. Dabei wurden die Vorschläge der EU-Kommission für eine einheitliche Besteuerung von Kapitalgesellschaften im Binnenmarkt diskutiert. Prof. Oestreicher übernahm den Lehrstuhl für „Betriebswirtschaftliche Steuerlehre“ und ist Leiter des Institutes für „Deutsche und Internationale Besteuerung“ sowie Mitglied des **CeGE**.
- Eine weitere Antrittsvorlesung hielt **Prof. Dr. Hartmut Berghoff** am 21. Juni 2002. Er referierte zum Thema: „**Vertrauen und Globalisierung. Risikomanagement im ersten Globalisierungsschub der industriellen Moderne, 1840 bis 1914**“. Prof. Berghoff ist seit 2001 Direktor des Institutes für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Georg-August-Universität und neues Mitglied des **CeGE**.

Studiengang Internationale Wirtschaft:

- Vier Studierende haben den im Jahre 2000 neu eingerichteten und vom **CeGE** betreuten **Bachelor-Studiengang „Economics“** bereits erfolgreich **abgeschlossen**. Von den 166 Studierenden dieses Studiengangs sind 99 mittlerweile im vierten Fachsemester. Im neuen, ebenfalls vom **CeGE** betreuten, **Master-Studiengang „International Economics“** sind derzeit 21 Studierende immatrikuliert. Da es noch wenige deutsche Absolventen eines wirtschaftswissenschaftlichen Bachelors gibt – dieser aber Voraussetzung für den Master-Studiengang ist – sind bisher vor allem ausländische Bewerber zugelassen worden. So finden sich im Master-Studiengang **Studierende aus aller Welt**, z. B. aus Aserbaidschan, Bulgarien, China, Japan, Kamerun, Kolumbien, der Slowakei, Tschechien, der Türkei und der Ukraine.
- Auf Wunsch der Studierenden des Bachelor-Studiengangs „Economics“ wurde im Sommersemester 2002 eine „**Arbeitsgemeinschaft Internationale Wirtschaft**“ für Studierende im ersten Studienabschnitt angeboten. Als Dozenten der AG wirkten Prof. Dr. Renate Ohr, PD Dr. Joachim Ahrens, Dr. André Schmidt und Dipl.-Kfm. Niels O. Angermüller mit. Ca. 20 Studierende nahmen regelmäßig das Angebot wahr, sich bereits frühzeitig mit aktuellen Fragen internationaler Wirtschaftsbeziehungen zu beschäftigen. Als Themen wurden die Wirkungen der Globalisierung, Perspektiven der EU-Osterweiterung, die Rolle internationaler Institutionen, internationale Finanzkrisen, Wettbewerbspolitik und der Euro behandelt. Obwohl die Veranstaltung nicht prüfungsrelevant war,

zeigte sich ein großes Interesse und Engagement der Studierenden. Das **CeGE** wird auch in Zukunft solche Veranstaltungen anbieten.

Vorträge:

- Auf der Jahrestagung der European Public Choice Society (EPCS) in Belgirate, **Italien**, hielt **Dipl. Vw. Tim Krieger** im April 2002 einen Vortrag zum Thema „Immigration, Public Pensions and Heterogenous Voters.“
- Am 22.4.2002 stellte **PD Dr. Joachim Ahrens** die Ergebnisse seiner im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführten Studie auf dem Workshop „New Challenges and New Responses for S&T Policies in Europe“ in Brüssel, **Belgien**, vor. Die Studie trägt den Titel „Fostering Convergence and Cohesion in European Integration: New Modes of Implementing Research and Innovation Policy in EU-Accession Countries.“
- **Dipl. Vw. Silke Woltermann** hielt im Juni auf der Konferenz des Centre for International Labour Market Studies an der Robert Gordon University Aberdeen/**Schottland** einen Vortrag zum Thema „Search Methods and Labor Market Transitions in a Segmented Economy – Some Empirical Evidence from Brazil.“

Neuerscheinungen:

- Der zweite Band der **CeGE**-Schriften ist erschienen: Ingo Konrad, „**Zur Integration ausgewählter mittel- und osteuropäischer Länder in die währungspolitische Ordnung Europas**“, Frankfurt a. M. 2002.
- Von Prof. Dr. Stefan Tangermann wurde eine Monographie mit dem Titel „**The Future of Preferential Trade Arrangements for Developing Countries and the Current Round of WTO Negotiations on Agriculture**“ veröffentlicht. Sie ist im Verlag der „Food and Agriculture Organization of the United Nation“ erschienen.

Verschiedenes:

- Das **CeGE** beteiligte sich an der **5. Göttinger Woche „Wissenschaft und Jugend“**: Dipl.-Kfm. Niels O. Angermüller bot eine Veranstaltung zum Thema „Ist der Euro zu schwach?“ an. Dr. Dagmar Sakowsky sprach mit den Schülern und Lehrern über „Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung“. Dr. André Schmidt hielt einen Vortrag zum Thema: „Globalisierung - die Märkte als Spielball internationaler Großkonzerne?“
- **Dedi Budiman Hakim** aus Indonesien hat im Mai diesen Jahres seine **Dissertation** zum Thema „The Implications of the Asean Free Trade Area (AFTA) on Agricultural Trade, a Recursive Dynamic General Analysis“ am Lehrstuhl für Agrarökonomie bei **Prof. Tangermann** abgeschlossen.

Impressum:

Herausgeber: Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, Tel. 05 51 / 39 70 91, Fax. 05 51 / 39 70 93, Web-Site: www.cege.wiso.uni-goettingen.de, Geschäftsführende Direktorin: Prof. Dr. Renate Ohr

Redaktion: Prof. Dr. Renate Ohr

Layout: Bianca Hoffmann **Druck:** GWDG, Göttingen